Pressemitteilung des Schweinfurter Aktionsbündnis gegen Atomkraft vom 18.05.2015

Keine Rückstellungen für Rückbau von AKWs und Atommülllagerung bei RWE?

Das AKW Grafenrheinfeld soll 2015 endgültig vom Netz  gehen.  Betreiber E.ON  veranstaltet zwar seltsame Spielchen  (vor mehr als einem Jahr wurde der 31.05.2015 als Termin festgelegt - nun, völlig "überraschend" wurde festgestellt, dass die vorhandene Kapazität an Brennstoff ausreicht, den alten Atom-Meiler länger im Leistungsbetrieb zu halten ... vielleicht bis 20.Juni plus / minus?? ) doch spätestens am 31.12.15 wird es wohl soweit sein, denn dieser Termin ist gesetzlich festgelegt.

Der anschließende, jahrelange Rückbau wird sehr hohe Kosten verursachen - die Lagerung des Atommülls (schwach- , mittel- und hochradioaktiv) wird immense Kosten verursachen!

Wer wird letztlich dafür aufkommen?

Bisher hatte es von den vier großen Energie-Konzernen - als Betreiber der AKWs in Deutschland -stets die Aussage gegeben, das Geld  für Rückbau und Entsorgung / Lagerung sei vorhanden. Insgesamt seien ca. 36 Milliarden an Rückstellungen gebildet worden - steuerfrei -   und stünden bei Bedarf zur Verfügung.

Dass diese Summe niemals ausreichen wird, ist klar. Bekannt ist inzwischen auch, dass das Geld eben nicht frei verfügbar ist.

Die Aussagen von RWE-Chef Peter Terium, der in einem Interview gesagt hat, das Geld für die Rückstellungen zum Rückbau von AKWs und die Kosten der Atommülllagerung müssten bei zukünftigen Geschäften erst noch verdient werden, zeigen eine neue skandalöse Dimension des Problems auf: RWE hat offensichtlich keine oder keine ausreichenden, sicheren und verfügbaren Rücklagen getätigt!

Und die anderen Konzerne dann wohl auch nicht...? E.ON will die Geschäftsbereiche umstrukturieren und die Sparte Atom, Gas und Kohle ausgliedern.

Das ist beunruhigend und skandalös! Offensichtlich wollen sich die Energiekonzerne aus der finanziellen Verantwortung stehlen und die Kosten für Atomenergie, die durch Abriss der AKW und die Lagerung der radioaktiven Materialien entstehen, den Steuerzahlern aufbürden.

Das ist umso verwerflicher, da genau diese Konzerne Riesengewinne mit der hochsubventionierten Atomenergie gemacht haben.

Das Schweinfurter Aktionsbündnis gegen Atomkraft fordert deshalb von der Bundesregierung, die Rückstellungsgelder der Energiekonzerne endlich in einen öffentlich-rechtlichen Fonds oder eine Stiftung zu überführen.

Babs Günther

für das Schweinfurter Aktionsbündnis gegen Atomkraft